



Mediendossier, 12. Februar 2015



Erstes Schweizer Suchtpanorama 2015

Welches sind die aktuellen **Konsumtrends** bei Alkohol, Tabak und illegalen Drogen in der Schweiz? Welche Probleme manifestieren sich beim Glücksspiel? Ist die Schweiz auf dem Weg zu einer kohärenten **Suchtpolitik**?

Das vorliegende Mediendossier nimmt sich dieser und weiterer Fragen an, liefert Fakten und Zahlen, stellt Zusammenhänge her und kommentiert. Das Dossier bildet den Auftakt des jährlich erscheinenden Schweizer Suchtpanoramas. Die Darstellung der einzelnen Bereiche mündet in ein übergreifendes Fazit, das auch die Rolle der Politik kritisch anspricht.

Inhalt:

Medienmitteilung: [Eine Politik der Widersprüche](#)

Medieninformationen zu folgenden Bereichen:

[Alkohol: Trinkmuster ändern, Probleme bleiben – und die Politik sieht weg](#)

[Tabak: Rückgang stagniert – Neue Impulse der Tabakpolitik sind nötig](#)

[Illegale Drogen: neue Konsumtrends und ein Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik](#)

[Glücksspiele: Grösseres Angebot, weniger Spielerschutz?](#)

Aus aktuellem Anlass oder bei weiteren Fragen zum Thema Sucht in den kommenden Monaten steht Ihnen Sucht Schweiz gerne zur Verfügung.

Das vorliegende Mediendossier finden Sie hier:
<http://www.suchtschweiz.ch/aktuell/medienmitteilungen/>

Medienmitteilung, 12. Februar 2015



Eine Politik der Widersprüche

Die Suchtpolitik ist durchzogen von diversen Widersprüchen und Inkohärenzen. Der Alkoholkonsum im öffentlichen Raum wird als Problem wahrgenommen, aber der Alkoholmarkt wird weiter liberalisiert. Man will das Glücksspiel-Angebot auf dem Internet erweitern und gleichzeitig überlegt man, die Mittel für die Prävention der Glücksspielsucht zu streichen. Die Zuwendungen an die Tabakproduktion bleiben gleich hoch wie die Mittel für die Tabakprävention und konsequentere Werbebeschränkungen, so wie sie anderswo in Europa üblich sind, treffen hierzulande noch auf grossen Widerstand.

Diese Widersprüche tragen bestimmt nicht zur Glaubwürdigkeit der Suchtpolitik in der Schweiz bei. Die Suchtpolitik scheint eher auf ideologischen Haltungen aufzubauen und nicht darauf, welche Folgen sie für betroffene Personen, ihr Umfeld und die Gesellschaft hat. Deswegen ist es wichtig, die Situation in der Schweiz und deren Auswirkungen zu analysieren. Aus diesem Grund veröffentlicht Sucht Schweiz zum ersten Mal ein ab jetzt jährlich erscheinendes Mediendossier mit dem Titel „Schweizer Suchtpanorama“. Es enthält Analysen zu Entwicklungen in den Bereichen Alkohol, Tabak, illegale Drogen und Glücksspiel in der Schweiz.

Suchtprobleme zu Beginn des XXI. Jahrhunderts: Eine Welt im Umbruch

Weniger Alkohol aber immer noch viele Alkoholräusche

Im vergangenen Jahrzehnt ist in der Schweiz, aber auch in anderen Ländern, der Alkoholkonsum gesunken. Bestimmte Formen des täglichen Trinkens sind nach und nach verschwunden und finden sich heute vor allem noch bei älteren Personen. Eine Folge davon ist eine Abnahme des Gesamtkonsums in der Schweiz, insbesondere von Wein. Die Abnahme des täglichen Alkoholkonsums bei den Männern hat zu einer Annäherung zwischen den Geschlechtern beigetragen. Gleichzeitig trinken heute mehr Frauen regelmässig Alkohol als noch vor 20 Jahren, vor allem bei den 65- bis 74-Jährigen.

Der Gesamtkonsum von Alkohol und der Risikokonsum haben bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 24 Jahren in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen. Die punktuellen Rauschzustände stagnieren heute auf einem hohen



Niveau. Ohne Zweifel haben die Ausdehnung der Verkaufszeiten und der nächtlichen Freizeitangebote sowie die Preissenkung von Alkoholika hierzu beigetragen. Exzessiver Alkoholkonsum ist allerdings nicht Privileg der Jungen. Man findet ihn in allen Alterskategorien. Er ist auch bei berufstätigen Männern und solchen mit hohem Einkommen stärker verbreitet.

Der Tabak: Das Ende der Baisse?

Der Gebrauch von Tabak ist unter dem Einfluss struktureller Massnahmen und sozialer Normänderungen gesunken. Vor nicht allzu langer Zeit durfte man überall rauchen: Bei der Arbeit, im Restaurant oder in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Das Viertel der Bevölkerung, die noch raucht, tut dies heute oft nur noch auf der Strasse und auf Balkonen. Studienergebnisse deuten aber darauf hin, dass die Abwärtsentwicklung bei der Anzahl Raucher und Raucherinnen und des Passivrauchens nun zu Ende sein könnte.

Illegale Drogen: Weniger Heroin, mehr Ecstasy

Der dritte wichtige Abwärtstrend betrifft ein weniger verbreitetes Phänomen, das aber für die öffentliche Gesundheit grosse Probleme verursacht hat: der (meist intravenöse) Konsum von Heroin. Es ist unter anderem der besseren Behandlung und Betreuung der Heroinkonsumentinnen und -konsumenten zu verdanken, dass sich die Problematik in Zusammenhang mit illegalen Drogen in der Schweiz entschärft hat. Allerdings konsumieren mindestens 40'000 jüngere Menschen täglich Cannabis, manche von ihnen von morgens bis abends. Der illegale Markt ist zudem in dauernder Veränderung, wie sich z.B. mit der Rückkehr von Ecstasy zeigt. Ausserdem entwickelt sich der Verkauf übers Internet, insbesondere von neuen psychoaktiven Substanzen.

Viele Glücksspiele, viele Verlierer

Das Angebot an Glücksspielen in der Schweiz ist zu Beginn dieses Jahrhunderts stark gestiegen, einerseits wegen der Zulassung von Casinos und andererseits durch die Diversifizierung der Lotteriespiele. Heute hat die Schweiz eine der grössten Casinodichten der Welt. Nun soll auch das Angebot von Glücksspielen im Internet ausgeweitet werden. Die Anzahl exzessiv Spielender und die mit dem Glücksspiel verbundenen sozialen Kosten sind sehr hoch und die Forschung konnte bereits nachweisen, dass bei Glücksspielen im Internet noch höhere Risiken bestehen als bei herkömmlichen Glücksspielen.

Zugang: an jedem Wochentag, rund um die Uhr, überall

Die grosse Zugänglichkeit zu Waren und Dienstleistungen, die Tatsache, dass fast alles an jedem Wochentag rund um die Uhr erhältlich ist, bleibt nicht ohne Folgen auf den Gebrauch von Substanzen und Glücksspielen. Heute kann man rund um die Uhr Alkohol kaufen, oft zu niedrigen Preisen, oder im Internet um Geld spielen. Auch zu Cannabis, Kokain oder Ecstasy kommt man in Schweizer Städten schnell und relativ problemlos. Der Warenhandel findet überall statt und beschäftigt uns dadurch ständig.



Manche Verhalten verändern sich, aber die Mehrzahl der Folgeprobleme bleibt

Der Tabak bleibt die wichtigste Ursache für frühzeitige Todesfälle in der Schweiz und der Alkohol folgt auf dritter Position. Psychoaktive Substanzen und das Glücksspiel hängen jedes Jahr mit insgesamt mehr als 10'000 Todesfällen zusammen und mit sozialen Kosten, die 10 Milliarden Franken übersteigen. Erwähnt werden müssen auch das Leid der mehreren Hunderttausend abhängigen Menschen sowie der Nahestehenden und die – meist alkoholbedingten – Folgeprobleme, welche mehr als die Hälfte der Bevölkerung betreffen.

Die Politik: Das Parlament steht vor einer historischen Gelegenheit

Zum ersten Mal prüfen die beiden Parlamentskammern die Gesetzgebungen zu Alkohol, Tabakerzeugnissen und Glücksspiel parallel. Dies wäre eine Gelegenheit, um einen glaubwürdigen und effizienten Ansatz für den Suchtbereich zu entwickeln. Zudem haben sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch noch mit Anfragen von Städten und Kantonen zur Cannabisfrage zu befassen. Aber was geschieht tatsächlich? Die drei Gesetze werden behandelt, als hätten sie nichts miteinander zu tun. Und um die Inhalte jedes dieser Gesetze feilschen Interessengruppen. Einmal mehr muss man mühsam um jeden Franken für die Prävention und um jede strukturelle preis- oder zugangsorientierte Präventionsmassnahme kämpfen, deren Wirksamkeit eigentlich nachgewiesen wäre.

Eine andere Politik wäre im Grunde möglich. Dazu müsste man einräumen, dass Suchtprobleme nicht nur Probleme einzelner Individuen sind, sondern auch Probleme der ganzen Gesellschaft und der Umwelt. Immer wieder blendet die öffentliche Diskussion aus, dass der Markt das Verhalten von Individuen, gerade von besonders gefährdeten Personen, stark beeinflusst. Der Erhältlichkeit und der Anpreisung von Alkohol, Tabak oder Glücksspielen Grenzen zu setzen, würde eigentlich nur bedeuten, einen Markt zu regulieren, den man in letzter Zeit mehr und mehr sich selbst überlassen hat und dem man keine Schranken mehr gesetzt hat. Wenn man weniger Suchtprobleme will, wird man den Markt wirksamer regulieren müssen und parallel dazu der Prävention, der Schadensminderung und der Behandlung Mittel zur Verfügung stellen müssen. "Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz eine kohärente Suchtpolitik entwickelt, gerade für besonders gefährdete Personengruppen", betont Irene Abderhalden, Direktorin von Sucht Schweiz. In den vier weiteren Teilen dieses Mediendossiers gehen wir darauf ein, welches die Massnahmen wären, die umgesetzt werden sollten, und welche Haltung – vom Alkohol bis zu den Glücksspielen – in der Schweiz endlich zu einer kohärenten, glaubwürdigen und wirksamen Suchtpolitik führen könnte.



Auskunft:

Monique Portner-Helfer
Mediensprecherin

mportner-helfer@suchtschweiz.ch

Tel.: 021 321 29 74

Die Stiftung Sucht Schweiz ist ein nationales Kompetenzzentrum im Suchtbereich. Sie betreibt Forschung, konzipiert Präventionsprojekte und engagiert sich in der Gesundheitspolitik. Das Ziel der Stiftung ist, Probleme zu verhüten oder zu vermindern, die aus dem Konsum von Alkohol und anderen psychoaktiven Substanzen hervorgehen oder durch Glücksspiel und Internetnutzung entstehen.

Umfassende Informationen zu Sucht Schweiz finden Sie auf unserer Website

<http://www.suchtschweiz.ch>

Die vorliegende Mitteilung finden Sie hier:

<http://www.suchtschweiz.ch/aktuell/medienmitteilungen/>

**Medieninformation 12. Februar 2015****Schweizer Suchtpanorama 2015****Alkohol: Trinkmuster ändern, Probleme bleiben – und die Politik sieht weg**

Heute trinken weniger Menschen täglich als noch vor gut 20 Jahren. Geblieben ist der problematische Alkoholkonsum wie zum Beispiel das Rauschtrinken, wobei besonders erwerbstätige, ledige, junge Männer den Rausch suchen. Insgesamt ist die alkoholbezogene Problemlast unverändert hoch - mit 1600 Toten pro Jahr und schätzungsweise 250'000 abhängigen Menschen in der Schweiz. Gleichzeitig ist der Alkohol erschwinglicher denn je und an jeder Ecke erhältlich. Das weckt Fragen.

Neue Konsummuster und weiterhin hohe Problemlast***Rückläufiger Gesamtkonsum***

Der Pro-Kopf Konsum von Alkohol der Schweizer Wohnbevölkerung nimmt [seit gut 20 Jahren](#) kontinuierlich ab. Mit [8.3 l reinem Alkohol](#) pro Kopf und Jahr liegt die Schweiz im Mittelfeld der umliegenden Länder. Hauptsächlich Wein, Bier und Spirituosen werden getrunken (in effektiven Mengen sind das 36 l, 56 l bzw. 4 l pro Kopf und Jahr).

Ältere Menschen, auch Frauen, trinken häufiger täglich als Jüngere

Der [rückläufige Gesamtkonsum](#) in der Schweizer Bevölkerung ist vornehmlich dem Rückgang des regelmässigen (täglich oder fast täglich) Alkoholkonsums bei Männern zuzuschreiben. In den letzten 20 Jahren ist ein Generationenwechsel bezüglich der Trinkkulturen zu beobachten: Die Generation, die jeden Tag das Bier am Stammtisch oder das Glas Wein zum Essen konsumiert, verschiebt sich in die höheren Altersgruppen: Der tägliche oder fast tägliche Alkoholkonsum nimmt mit fortschreitendem Alter zu und liegt in der Altersgruppe der 55- bis 74-Jährigen am höchsten. Zu viel oder zu oft zu trinken ist bei Männern nach wie vor weiter verbreitet als bei Frauen, wobei sich in den letzten 20 Jahren eine Annäherung der Geschlechter beobachten lässt. So konsumieren Frauen in der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen bis heute deutlich öfter täglich Alkohol als vor gut 20 Jahren, wie die Daten aus der [Schweizerischen Gesundheitsbefragung](#) zeigen.

Gleichzeitig geht das Rauschtrinken tendenziell auf das Konto Jugendlicher und junger Erwachsener. Gegenläufig zum allgemeinen Trend stieg bei den [15- bis 24-Jährigen](#) die durchschnittlich getrunkene Menge zwischen 1997 und 2012, was mit dem Rauschtrinken zusammenhängt. Gut 40% der 20- bis 24-Jährigen trinken sich heute mindestens einmal im Monat in den Rausch, wie die jüngsten Daten aus dem [Suchtmonitoring](#) Schweiz zeigen.



Ungleiche Konsumverteilung

Die Trinkmenge ist sehr ungleich verteilt: Schätzungsweise 90% des konsumierten Alkohols wird von etwas weniger als der Hälfte der Bevölkerung getrunken. Etwa [10%](#) der Bevölkerung über 15 Jahren trinkt täglich Alkohol. [22%](#) haben regelmässig zu viel und/oder wenigstens einmal pro Monat zu viel aufs Mal getrunken. Weiterhin wird die Anzahl Alkoholabhängiger in der Schweiz auf rund [250'000 Personen](#) geschätzt.

Zahlreiche Tote durch Verletzungen und Krankheiten als Folge des Alkoholkonsums

Diese Zahlen allein sagen noch wenig zur alkoholbedingten Problemlast aus, aber in der Schweiz sind gemäss Schätzungen [1600 Todesfälle](#) pro Jahr bei den 15- bis 74-Jährigen dem Alkohol zuzuschreiben. Das entspricht 1 von 10 vorzeitigen Todesfällen bei Männern und 1 von 17 bei Frauen. Krebserkrankungen, Krankheiten des Verdauungssystems sowie Unfälle und Verletzungen machen den Grossteil der alkoholbedingten Todesfälle aus. In der Altersgruppe der 15- bis 34-jährigen Männer ist sogar jeder 5. Todesfall auf Alkohol zurückzuführen.

Gravierende Folgen nicht nur für Konsumierende

Alkoholprobleme wirken sich immer auch auf das soziale Umfeld aus. In der Schweiz gibt es Hunderttausende, die einer alkoholabhängigen Person nahe stehen und mehrere Zehntausend Kinder, die in einer alkoholbelasteten Familie aufwachsen. Diese Kinder tragen ein vielfach grösseres Risiko, später selber eine Abhängigkeit oder andere psychische Störungen zu entwickeln.

Eine [Studie von Sucht Schweiz](#) zeigt zudem, dass 52% der Befragten von alkoholisierten Personen gestört, belästigt oder gar angegriffen worden sind. Und nach Befund einer [Untersuchung von Interface Politikstudien](#) war bei fast drei Viertel aller Körperverletzungen und Tötlichkeiten in der Schweiz der Täter oder die Täterin alkoholisiert. Die Gewalthandlungen finden oft am Wochenende im Kontext des Nachtlebens statt.

Dass Alkoholmissbrauch ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt, zeigt sich auch in den Kosten: Gemäss einer [Studie](#) aus dem Jahr 2014 belaufen sich die alkoholbedingten gesellschaftlichen Kosten in der Schweiz auf 4,2 Milliarden Franken. Davon trägt die Wirtschaft mit 3,4 Milliarden Franken den Hauptteil, der Rest entfällt auf die Kantone (Gesundheitswesen und Strafverfolgung).

Liberalisierter Markt macht Fortschritte zunichte

Dass das Risikobewusstsein wohl grösser geworden ist und heute weniger Menschen täglich trinken, ist positiv zu werten. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass der zunehmend liberalisierte Alkoholmarkt diese Fortschritte wieder zunichtemacht. Mit der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten und dem Wegfall der Bedürfnisklausel im Gastgewerbe ist Alkohol fast überall und fast rund um die Uhr erhältlich. Zudem sind die Alkoholpreise real gesunken.



Politik: Verkommt das Alkoholgesetz zur Absatzförderung?

Totalrevision des Alkoholgesetzes: Ein Schritt nach vorne und zwei zurück

Politisch war die Totalrevision des Alkoholgesetzes im Jahr 2014 das beherrschende Thema, und zum Auftakt des neuen Jahres geht das Hin-und-her zwischen National- und Ständerat in eine neue Runde. Eigentlich sieht der Zweckartikel des neuen Gesetzes vor, den problematischen Konsum zu vermindern und die Jugend zu schützen. Allerdings entfernen sich die Ergebnisse der Beratungen der beiden Räte zusehends davon: Statt einen Mindestpreis einzuführen und die Werbung einzuschränken, sollen nun gar Happy Hours mit Spirituosen zu jeder Tageszeit erlaubt werden. Sogar das regional bereits bewährte Nachtverkaufsverbot trifft im Parlament auf grosse Widerstände.

... und noch ein Schritt zurück

Die Liberalisierung des Alkoholmarktes schreitet voran, während gleichzeitig die Verantwortung bei Problemen auf die Konsumierenden abgeschoben wird: Mit der parlamentarischen Initiative Bortoluzzi sollen die Kosten für Spitalaufenthalte aufgrund übermässigen Alkoholkonsums alleine den Verursachern aufgebürdet werden, mit dem Ziel, dass dies gerade bei Jugendlichen abschreckend wirkt. Dabei handelt es sich nicht primär um ein Jugendproblem: Gerade 9 Prozent der wegen einer Alkoholintoxikation stationär in einem Spital behandelten Personen sind jünger als 24 Jahre. Dazu kommt, dass eine Intervention am Spitalbett nicht nur Leben rettet, sondern weitere Unterstützung ermöglicht – und diese soll allen offenstehen, unabhängig von der Grösse des Portemonnaies.

Was jetzt passieren muss: Handeln statt wegschauen

Politik kommt teuer zu stehen, wenn sie Gewinne vor die Gesundheit setzt

Eigenverantwortliches Handeln ist wichtig, auch im Umgang mit Alkohol. Doch nur darauf zu setzen und die Verantwortung der Gesellschaft völlig auszublenden, ignoriert die Ursachen von Alkoholmissbrauch: Diese liegen nicht nur beim Individuum, sondern vor allem in der Attraktivität und Verfügbarkeit des Alkohols. Es ist vielfach belegt: Wenn alkoholische Getränke attraktiv beworben, billig, überall und jederzeit verfügbar sind, wird mehr getrunken, gerade von problematisch Konsumierenden. Griffige und erwiesenermassen wirksame Massnahmen wie höhere Preise, Werbeeinschränkungen und kürzere Verkaufszeiten sind im Sinne von Marktkorrekturen notwendig bzw. „notwendend“. Die laufende Gesetzesrevision bietet eine Chance, den problematischen Konsum zu vermindern. „In der Debatte um das neue Alkoholgesetz geht es aber nicht um die vielfach proklamierte persönliche Freiheit und Eigenverantwortung, sondern letztlich um die Freiheit der Industrie auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung“, so Irene Abderhalden, Direktorin von Sucht Schweiz. "Der Bund sollte jetzt handeln, damit die Kantone die Problemlast nicht alleine angehen müssen", ergänzt Irene Abderhalden.



Auskunft:

Monique Portner-Helfer
Mediensprecherin

mportner-helfer@suchtschweiz.ch

Tel.: 021 321 29 74

Die Stiftung Sucht Schweiz ist ein nationales Kompetenzzentrum im Suchtbereich. Sie betreibt Forschung, konzipiert Präventionsprojekte und engagiert sich in der Gesundheitspolitik. Das Ziel der Stiftung ist, Probleme zu verhüten oder zu vermindern, die aus dem Konsum von Alkohol und anderen psychoaktiven Substanzen hervorgehen oder durch Glücksspiel und Internetnutzung entstehen.

Umfassende Informationen zu Sucht Schweiz finden Sie auf unserer Website

<http://www.suchtschweiz.ch>

Die vorliegende Mitteilung finden Sie hier:

<http://www.suchtschweiz.ch/aktuell/medienmitteilungen/>



Medieninformation, 12. Februar 2015

Schweizer Suchtpanorama 2015

Tabak: Rückgang stagniert – Neue Impulse der Tabakpolitik sind nötig

Nach stetigem Rückgang des Raucheranteils in der Bevölkerung scheint nun eine Stagnation eingetreten zu sein, die auch das Passivrauchen betreffen könnte. Soziale Medien bieten der Tabakindustrie eine Vielfalt neuer Möglichkeiten, gezielt junge Menschen zu bewerben – und dies, obschon bereits das heutige Gesetz Werbung verbietet, die sich an Jugendliche richtet. Neue Impulse in der Tabakpolitik sind nun gefragt, um die enorme Problemlast von jährlich 9000 Toten und 5,5 Milliarden Franken Schäden zu reduzieren. Das neue Tabakproduktegesetz, das noch dieses Jahr ins Parlament kommt, bietet dazu eine historische Chance, zumal die Schweiz gerade in der Werbebeschränkung einen immer grösseren Rückstand auf praktisch alle europäischen Länder aufweist.

Rund ein Viertel der Bevölkerung über 15 Jahren raucht

Konsum: Raucheranteil stagniert auf hohem Niveau

Gemäss den Zahlen des Tabakmonitorings ist der Raucheranteil zwischen dem Jahr 2000 und 2008 stetig von [33 auf 27%](#) zurückgegangen. Seither ist der Rückgang zumindest gebremst und liegt heute nach den Ergebnissen von Suchtmonitoring Schweiz bei [25%](#) der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren. Bei Männern beträgt der Anteil 29.7%, bei Frauen 20.6%. Der Anteil der Rauchenden, die mit dem Tabakkonsum aufhören wollen, ist fluktuierend und liegt heute bei [57% der täglich Rauchenden](#).

Beim Passivrauchen können dieselben Feststellungen wie beim Zigarettenkonsum gemacht werden: Nachdem seit dem Jahr 2000 die Exposition gegenüber dem Passivrauch um drei Viertel gesunken ist, scheint sich der Rauch seit 2011 wieder leicht "zu verdichten": 2013 sind [6%](#) der Bevölkerung also über 400'000 Personen, 7 oder mehr Stunden pro Woche dem Passivrauch ausgesetzt.

Tabakprodukte: Klassische Zigarette unangefochten Nummer 1

Das meistgerauchte Produkt in der Schweiz ist die Zigarette: 96% aller täglich Rauchenden und 82% aller gelegentlich Rauchenden konsumieren (zumindest unter anderem) dieses Tabakprodukt. Zigarren und Cigarillos waren über die letzten Jahrzehnte aus der Mode gekommen und die Pfeife verschwand beinahe. Nach den neuen [Daten von 2013](#) könnte auch hier der Abwärtstrend gestoppt sein. Bei Jugendlichen sind, nach den Zigaretten, die Wasserpfeife und Cigarillos am beliebtesten.

Elektronische Zigaretten (E-Zigaretten) sind erst seit wenigen Jahren auf dem Markt.



Umfrageresultate auf nationaler Ebene zur E-Zigarette liegen erst seit 2013 vor: Dabei liegt der Anteil der Personen, die nach eigenen Angaben mindestens einmal in ihrem Leben E-Zigaretten verwendet haben, bei 6.7% und insgesamt 1.1% gaben an, E-Zigaretten im letzten Monat verwendet zu haben. Dabei greifen junge Erwachsene häufiger zur E-Zigarette, nämlich 15.8% der 15- bis 19-Jährigen, sowie 16.1% der 20- bis 24-Jährigen. Allerdings ist unklar, in welchem Ausmass Produkte mit oder ohne Nikotin verwendet wurden. Ebenfalls bleibt die Frage noch unbeantwortet, inwiefern die E-Zigarette heute das Zigarettenrauchen ersetzt oder ob sie als Einstieg ins Rauchen oder als Ausstieg aus dem Rauchen fungiert.

Folgen: Mit einem Toten pro Stunde die grösste vermeidbare Todesursache

Tabak ist nicht ein Produkt wie jedes andere: Nikotin ist einer der am schnellsten abhängig machenden Stoffe und es ist davon auszugehen, dass die meisten der täglich Rauchenden (die rund 70% der Rauchenden ausmachen) davon [abhängig](#) sind. Jedes Jahr sterben [9000 Menschen in der Schweiz](#) auf Grund des Rauchens, ein Viertel davon an Lungenkrebs und je ein Sechstel an weiteren Lungenerkrankungen sowie an Herz-Kreislaufkrankheiten. Es handelt sich um die grösste vermeidbare Todesursache in der Schweiz.

Im Jahr 2000 entstanden durch das Rauchen materielle Kosten von schätzungsweise [5,5 Milliarden Franken](#), von denen die Wirtschaft 4 Milliarden und die Kantone 1,5 Milliarden Franken tragen mussten.

Markt: Preiserhöhungen und Verlagerung der Werbemassnahmen

Eine [Studie des Bundes](#) aus dem Jahr 2008 legt den starken Zusammenhang zwischen Preiserhöhungen und dem sinkenden Zigarettenkonsum nah, vor allem bei den Jugendlichen. Denn seit 2001 ist der Preis für ein Päckchen Zigaretten in der Schweiz spürbar angestiegen. Trotzdem bleibt der Zigarettenpreis in der Schweiz gemessen an der Kaufkraft im [Vergleich zum benachbarten Ausland](#) relativ tief.

Nachdem die Plakatwerbung für Tabak in der Mehrheit der Kantone verschwunden ist, haben sich die Promotionsaktivitäten der Tabakbranche vor allem [an diejenigen Orte verschoben](#), wo Jugendliche und junge Erwachsene verkehren, so zum Beispiel in die sozialen Medien, an Ausgehorte und Festivals sowie an die Verkaufsstellen. Diese Marketinglogik folgt der Erkenntnis, dass [zwei Drittel der heutigen Rauchenden](#) bis und mit 19 Jahren mit dem täglichen Rauchen begonnen haben.



Auf dem Weg zu einem neuen Tabakproduktegesetz

Im September 2014 wurde die Vernehmlassung zum neuen Tabakproduktegesetz abgeschlossen. Die Neuregelung erfolgt wegen der Revision des Lebensmittelgesetzes, ist aber auch nötig, um als [eines der letzten Länder Europas](#) (neben Liechtenstein, Andorra und Monaco) die WHO-Rahmenkonvention zur Tabakprävention ratifizieren zu können. Es sieht hauptsächlich Werbeverbote in Print- und Onlinemedien, in Kinos und an einem kleinen Teil der Festivals vor. Weiter sollen keine Gratismuster mehr abgegeben und das Abgabesalter schweizweit auf 18 Jahre festgesetzt werden.

Zahlreiche Kantone haben bereits in den letzten 10 Jahren die [Tabakwerbung sowie den Verkauf an Jugendliche eingeschränkt](#). Ab 1. Januar 2015 gilt letzteres auch für den Kanton Neuenburg. Aktuell sind das Abgabesalter 18 sowie eine Werbebeschränkung im Kanton Obwalden in Diskussion. Die Kantone sind diesbezüglich einmal mehr Vorreiter.

Im vergangenen Dezember hat der Bundesrat eine Motion zur Einführung von neutralen Zigarettenpackungen [abgelehnt](#). Dies unter anderem mit dem Hinweis auf die Schadenersatzklage von Philip Morris gegen Australien, das ein entsprechendes Gesetz eingeführt hat. Andere Länder wie Frankreich und Grossbritannien zeigen sich mutiger und planen, ebenfalls neutrale Packungen einzuführen.

Was jetzt passieren muss: Neue Impulse durch das Tabakproduktegesetz

Die Preiserhöhungen der Zigaretten, die Warnhinweise auf den Packungen, wie auch die Einschränkung des Rauchens in öffentlichen Räumen und der Plakatwerbung in der Mehrheit der Kantone haben ihre Wirkung entfaltet, nun braucht es aber zusätzliche Impulse auf nationaler Ebene.

Beim Nikotin handelt es sich um einen schnell abhängig machenden Stoff, der vor allem junge, noch experimentierende Menschen in eine Sucht zieht. Ein nationales, streng kontrolliertes Abgabeverbot an Minderjährige ist deshalb unerlässlich, ergänzt durch ein Verbot von Zigarettenautomaten. Denn es ist auch mit modernsten Systemen unmöglich zu verhindern, dass Kinder an Automaten Zigaretten beziehen können.

Im Weiteren sind ein Verbot der Verkaufsförderung durch Rabatte sowie ein umfassendes Werbe- und Sponsoringverbot zentral, denn weder aus Sicht der Prävention noch aus Sicht der Ethik lässt sich Werbung für ein Produkt rechtfertigen, das [einen erheblichen Teil seiner regelmässig Konsumierenden tötet](#). Nur direkt auf Jugendliche zielende Werbung zu verbieten genügt nicht, da Jugendliche sich stark an der Erwachsenenwelt orientieren und auf entsprechende Werbung reagieren. [Studien](#) sind zum Schluss gekommen, dass der Konsum mit einem umfassenden Werbeverbot reduziert werden kann.



Die wirtschaftlichen Interessen der Tabakkonzerne und der Werbeindustrie könnten nun dafür sorgen, dass griffige Präventionsmassnahmen im Parlament blockiert werden. Doch gerade für die Schweiz konnte gezeigt werden, dass jeder in die Tabakprävention investierte Franken hilft, [41 Franken an Kosten für Schäden des Tabaks einzusparen](#).

Das Ziel muss sein, zu verhindern, dass die Rauchenden von heute die Patienten und Patientinnen von morgen sind. Denn für Wirtschaft und Gesellschaft ist und bleibt der Tabak ein Defizitgeschäft.

Auskunft:

Monique Portner-Helfer
Mediensprecherin

mportner-helfer@suchtschweiz.ch

Tel.: 021 321 29 74

Die Stiftung Sucht Schweiz ist ein nationales Kompetenzzentrum im Suchtbereich. Sie betreibt Forschung, konzipiert Präventionsprojekte und engagiert sich in der Gesundheitspolitik. Das Ziel der Stiftung ist, Probleme zu verhüten oder zu vermindern, die aus dem Konsum von Alkohol und anderen psychoaktiven Substanzen hervorgehen oder durch Glücksspiel und Internetnutzung entstehen.

Umfassende Informationen zu Sucht Schweiz finden Sie auf unserer Website

<http://www.suchtschweiz.ch>

Die vorliegende Mitteilung finden Sie hier:

<http://www.suchtschweiz.ch/aktuell/medienmitteilungen/>



Medieninformation 12. Februar 2015

Schweizer Suchtpanorama 2015

Illegale Drogen: neue Konsumtrends und ein Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik

Bei den illegalen Drogen ist die Entwicklung des Schwarzmarktes eine wachsende Herausforderung. Dies zeigt die Rückkehr von Ecstasy (MDMA) und die Zunahme der übers Internet vertriebenen neuen psychoaktiven Substanzen (NPS). Dennoch bleibt Heroin mit rund 100 Todesfällen und einer alternden Gruppe von 20'000 wegen Abhängigkeit behandelten Personen das Problem Nummer eins. Der Cannabiskonsum ist im internationalen Vergleich relativ hoch. Verschiedene Länder in ähnlicher Situation haben sich für neue Regulierungsmodelle entschieden. Dies führt dazu, dass auch in der Schweiz einige Städte neue Modelle andenken wollen.

Situation: neue Trends, alte Probleme

Kleinere Problemlast aber hoher Cannabiskonsum

Im [Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte](#) sind die Krankheitslast und die Sterblichkeit aufgrund illegaler Drogen stark zurückgegangen. Diese Abnahme ist vor allem dem Rückgang neuer Heroinkonsumierenden und den besseren Behandlungsmöglichkeiten zuzuschreiben. Beim Cannabis weist die Schweiz eine stabile und im internationalen Vergleich hohe Prävalenz auf: So [berichten 7.1% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen](#) zwischen 15 und 34 Jahren innerhalb der letzten 30 Tage Cannabis konsumiert zu haben und 1.4% sogar täglich. Hinzu kommt eine [Zunahme der Behandlungsnachfrage](#) im Zusammenhang mit dem Konsum dieser Substanz. Sowohl bei den Konsumierenden als auch bei denjenigen, die sich in Behandlung begeben, überwiegt der Anteil an Männern deutlich.

Geografische und zeitliche Unterschiede im Gebrauch von Stimulanzien

Der Gebrauch von Stimulanzien (Kokain, Amphetamin, Ecstasy usw.) hat sich sowohl hinsichtlich des Konsumkontextes wie auch des Profils der Konsumierenden diversifiziert. Als Folge davon hat sich zwischen 1997 und 2012 der Anteil von Personen verdoppelt, der angibt, schon einmal Kokain ([von 1.6% auf 3.4%](#)) oder Ecstasy ([von 1% auf 2.6%](#)) konsumiert zu haben. Eine kürzlich publizierte [Studie zu Abwasseranalysen](#) hat zudem gezeigt, dass in der Schweiz je nach Stadt unterschiedlich viel von diesen Substanzen konsumiert wird. Die Studie hat ebenfalls belegt, dass der Konsum von Stimulanzien im Gegensatz zu Cannabis und Heroin vor allem am Wochenende und entsprechend grösstenteils in der Freizeit und im Ausgang stattfindet.



Weniger als 1% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 34 Jahren geben an, innerhalb der letzten 30 Tage Kokain konsumiert zu haben. Bei einem Teil davon handelt es sich um regelmässig Konsumierende, wie eine Befragung ergab, an der über 600 Kokain Konsumierende aus der Schweiz teilgenommen haben. [Unter ihnen gaben 6.6% an](#), diese Substanz wenigstens 50 Mal im Verlauf des Jahres konsumiert zu haben.

Ein Schwarzmarkt im ständigen Wandel

Die [Substanztanalysen von Streetwork Zürich](#) weisen auf eine Rückkehr des Angebots von Ecstasy (MDMA) in Form von hochdosierten Pillen und Pulver hin. Dieses Phänomen ist [auch anderswo in Europa zu beobachten](#). Bei den Jugendlichen ist mit einem Wiederaufleben des Konsums dieser Substanz zu rechnen, mitunter mit verhängnisvollen Folgen: [In England sind vier Personen gestorben](#), weil ihre Ecstasy-Pillen eine andere Substanz (PMMA) enthielten, die auch schon in Ecstasy-Pillen in der Schweiz gefunden wurde.

Die Schweizer Zölle beschlagnahmten eine wachsende Menge neuer psychoaktiver Substanzen (NPS). Im Dezember 2014 wurden [29 dieser Moleküle neu auf die Liste](#) der verbotenen Betäubungsmittel gesetzt. Diese Substanzen werden als Alternativen zu existierenden illegalen Drogen angeboten und vor allem über das Internet vertrieben. Auch wenn die Daten für die Schweiz bis anhin nur auf einen beschränkten Konsum hinweisen, gilt es dennoch, wachsam zu bleiben. Dieselbe Wachsamkeit muss auch bezüglich Methamphetamin gelten, dessen Konsum sich [in Deutschland](#) vor allem entlang der tschechischen Grenze verbreitet hat. Hinweise auf dessen Gebrauch, insbesondere in seiner kristallinen Form (Crystal Meth), sind in der Schweiz noch vergleichsweise selten, aber das könnte sich ändern.

Auch Heroin darf nicht in Vergessenheit geraten

Auch wenn der Konsum von Heroin und dessen Folgen seit beinahe zwanzig Jahren rückläufig sind, so steht er dennoch im Zentrum des Drogenproblems in der Schweiz. Heute noch sind fast 20'000 Personen pro Jahr in einer Substitutionsbehandlung mit Methadon, Buprenorphin, Heroin oder Morphin. Ein grosser Teil der ehemaligen und aktuellen Heroinkonsumierenden gebrauchen mehrere Substanzen (Alkohol, Kokain, Benzodiazepine usw.) und viele von ihnen sind HIV- oder Hepatitis C positiv. Der grösste Teil der Drogentoten der Schweiz stammt aus dieser Gruppe. Da es sich um eine oft unter sozialer Not leidende Bevölkerungsgruppe handelt, ist es wichtig, dass sie weiterhin eine gezielte Hilfe und Betreuung erhält. Eine Anpassung bestehender Angebote an die Bedürfnisse dieser alternden Gruppe ist notwendig.



Politik: auf der Suche nach neuen Wegen

International zeichnet sich ein Paradigmenwechsel ab

Auf internationaler Ebene wird die Debatte über die Wirksamkeit der Drogenpolitik weitergeführt und verschiedene Behörden haben sich für [neue Herangehensweisen](#) entschieden. Dies ist beispielsweise in den Vereinigten Staaten der Fall, wo in Colorado und Washington State die ersten legalen Cannabismärkte eingeführt wurden. Zumindest zwei weitere Bundesstaaten – Alaska und Oregon – werden 2016 folgen. In Südamerika setzt Uruguay ebenfalls einen solchen Markt um, allerdings mit grösserer Vorsicht als in den USA, wo ein weitgehend marktwirtschaftliches Modell vorherrschend ist. Auf der anderen Seite wurde in [Neuseeland](#) ein Gesetz zur Kontrolle neuer psychoaktiver Substanzen gutgeheissen. Anstelle eines systematischen Verbots soll der Verkauf von gewissen Substanzen erlaubt sein, sofern die Produzenten den Nachweis geringer Schädlichkeit erbringen können. All diese Änderungen werden Thema der ausserordentlichen Versammlung der Vereinten Nationen im 2016 sein, die vielleicht eine Neuausrichtung der internationalen Drogenpolitik einläuten wird.

Echos auch in der Schweiz

In der Schweiz steht die Frage nach der Regulierung des Cannabismarktes im Zentrum der Debatte. Ein halbes Dutzend Städte und Kantone prüfen aktuell die Machbarkeit von Alternativen zu einem Verbot im Rahmen von Pilotprojekten. Am weitesten fortgeschritten ist dabei das [Projekt in Genf](#): In einer wissenschaftlichen Studie sollen die Auswirkungen eines legalen Cannabiszugangs von Erwachsenen im Rahmen von Konsumvereinigungen evaluiert werden. Wie es im Bereich der illegalen Drogen oft der Fall ist, stossen solche Initiativen bisweilen auf regen Widerstand.

Was jetzt passieren muss: Zweckmässig und pragmatisch handeln

In der Vergangenheit hat die Schweiz oft ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, Drogenfragen pragmatisch angehen zu können. Die aktuell laufende internationale Debatte würde ihr ermöglichen, diesen Status wieder zu beleben, indem sie neue Herangehensweisen prüft, ohne dabei eine Marktausweitung auszulösen, wie es sich in den USA abzeichnet. Dies würde namentlich erlauben, zu untersuchen, welcher Umgang mit Drogen – ein Verbot oder verschiedene Formen der Regulierung – am besten geeignet ist, gefährdete Personen zu schützen und die sozialen Kosten im Zusammenhang mit illegalen Drogen in der Schweiz zu reduzieren. Im Jahr 2000 wurden diese Kosten auf [etwa 3.7 Milliarden Franken](#) geschätzt.



Die Veränderungen auf dem Markt der psychoaktiven Substanzen zwingen uns dazu, die laufenden Entwicklungen genau zu beobachten, zu verstehen und angemessen darauf zu reagieren. Wenn wir dem Wandel des Schwarzmarktes nicht lediglich als unbeteiligte Beobachter beiwohnen wollen, müssen in den kommenden Jahren neue Formen der Datenerhebung und neue Interventionen entwickelt werden.

Auskunft:

Monique Portner-Helfer
Mediensprecherin

mportner-helfer@suchtschweiz.ch

Tel.: 021 321 29 74

Die Stiftung Sucht Schweiz ist ein nationales Kompetenzzentrum im Suchtbereich. Sie betreibt Forschung, konzipiert Präventionsprojekte und engagiert sich in der Gesundheitspolitik. Das Ziel der Stiftung ist, Probleme zu verhüten oder zu vermindern, die aus dem Konsum von Alkohol und anderen psychoaktiven Substanzen hervorgehen oder durch Glücksspiel und Internetnutzung entstehen.

Umfassende Informationen zu Sucht Schweiz finden Sie auf unserer Website

<http://www.suchtschweiz.ch>

Die vorliegende Mitteilung finden Sie hier:

<http://www.suchtschweiz.ch/aktuell/medienmitteilungen/>



Medieninformation 12. Februar 2015

Schweizer Suchtpanorama 2015

Glücksspiele: Grösseres Angebot, weniger Spielerschutz?

Seit Anfang des Jahrhunderts hat das Glücksspielangebot in der Schweiz stark zugenommen. Die Dichte an Spielcasinos und die Anzahl Lotterieverkaufsstellen pro Kopf gehören zu den weltweit grössten. Heute bestehen Bestrebungen, das Angebot im Internet auszudehnen. Dabei ist der Anteil der exzessiven Spieler (über 1 % der erwachsenen Bevölkerung) nicht zu vernachlässigen. Dasselbe gilt für die spielbedingten sozialen Kosten. Darum ist es kaum sinnvoll, die Mittel für die Regulierung des Glücksspielangebots, die Prävention und die Behandlung des exzessiven Spielverhaltens so gering zu halten.

Grosses Angebot, hohe soziale Kosten

Exzessives Spielen: ein folgenschweres Phänomen auch unter Jugendlichen

Laut Schätzungen haben in der Schweiz letztes Jahr mehr als die Hälfte der über 15-Jährigen ([46,6%](#)), d. h. mehr als 3 Millionen Menschen, um Geld gespielt. Dabei sind die Online-Geldspiele noch nicht einmal berücksichtigt. Davon gelten knapp 200'000 als moderat riskante Spieler und etwas über 75'000 (1,1% der Spielfähigen) als exzessive Spieler. Bei Letzteren werden je nach Problemausprägung die problematischen Spieler (ca. 47'000; 0,7%) von den pathologischen Spielern (ca. 28'000; 0,4%) unterschieden.

Eine Studie belegt, dass Männer, eher Jüngere, weniger Gebildete und Schweizer eine grössere Wahrscheinlichkeit haben, um Geld zu spielen. Unter den Spielern weisen Menschen mit geringem Einkommen, über 55-Jährige, Ausländer und Online-Spieler ein grösseres Risiko für problematisches Spielverhalten aus.¹

Die Prävalenzrate des exzessiven Spiels scheint seit etwa zehn Jahren stabil. Dies kann aber nicht mit Sicherheit belegt werden, da die Vergleichbarkeit der Studien nicht gewährleistet ist. Die Spielsperren haben seit 2003 ständig zugenommen und 2013 die Zahl von [39'125](#) erreicht.

Das exzessive Spiel ist auch unter Teenagern weit verbreitet, wie zwei Studien über Geld- und Glücksspiel unter Jugendlichen in der nachobligatorischen Bildung der Kantone [Neuenburg](#) und [Bern](#) gezeigt haben. Dabei erwies sich mehr als einer von zwanzig Jugendlichen (5,6%) als riskanter oder problematischer Spieler. Überdies wies diese Gruppe öfter Konsum von Tabak, Alkohol, Cannabis und anderen illegalen Drogen sowie einen problematischen Umgang mit dem Internet auf.

¹ D. Kohler: *Three essays on the socioeconomics of gambling and pathological gambling*. Universität Neuenburg, 2012.



Konsequenzen des exzessiven Spiels: Konkurs und Familienprobleme

Mehr als jeder fünfte Einwohner der Schweiz ([22,8%](#)) berichtet von Spielproblemen in seinem Umfeld. Diese wirken sich oft nachhaltig auf Leben und Umfeld der betroffenen Person aus. Nicht selten führen Spielprobleme nämlich zu Familienproblemen (Scheidung, Gewalt usw.)², Isolierung und Verelendung der Spielenden. Auch ist das Selbstmordrisiko in dieser Bevölkerungsgruppe besonders gross. Etwa jeder sechste exzessive Spieler ([17%](#)) meldet Konkurs an, was dauerhafte Folgen nach sich zieht. Die Fachleute beobachten überdies, dass sich exzessiv Spielende selten und, wenn überhaupt, erst Jahre nach Beginn ihrer Probleme an Fachstellen richten.

Die sozialen Kosten des exzessiven Spielverhaltens in der Schweiz, also die Gesundheitskosten und Leistungseinbussen (Absenzen, Produktivitätsverluste), werden auf [436.4 bis 460.2 Millionen Franken pro Jahr](#) geschätzt. Dabei sind die immateriellen Kosten nicht berücksichtigt, d. h. der Verlust an Lebensqualität des Spielers und der Angehörigen. Sie werden in der Studie mit zusätzlichen 115,1 bis 188,3 Millionen Franken pro Jahr beziffert.

Eine der grössten Casino-Dichten der Welt

Mit der Einführung der Casinos und der Diversifizierung der Lotterien hat das Geldspielangebot in der Schweiz um den Jahrhundertwechsel stark zugenommen. Heute bestehen über 8000 Lotterie-Verkaufsstellen und 21 Casinos (8 A-Casinos, 13 B-Casinos). Damit weist unser Land eine der weltweit grössten Casinozahlen pro Kopf aus. Auch der direkte Ertrag hat zwischen 1999 und 2006 stark zugenommen, nun hat er sich seither aber stabilisiert. 2013 betrug er laut Angaben der Lotterie- und Casinobetreiber etwa 1,5 Milliarden Franken, wovon etwas weniger als 1 Milliarde verteilt wurde. In erster Linie profitierten davon die AHV/IV (Spielbankenabgabe), einige Kantone (Gewinnsteuer für B-Casinos) sowie gemeinnützige Projekte und Aktivitäten (Lotterien).

Der Schweizer Geldspielsektor schätzt, dass via Online-Spiele, die im Ausland angesiedelt sind, jedes Jahr ein Steuer- und Gebührenssubstrat von mindestens [100 Millionen Franken](#) verloren gehen. Diese Zahlen lassen sich natürlich kaum nachprüfen. Hingegen weiss man heute, dass die Online-Angebote öfter mit exzessivem Spielverhalten verbunden sind und somit zu einem erhöhten Risiko führen (Isolierung, Ausscheiden aus dem Alltagsleben). [Teenager und junge Erwachsene](#) scheinen dabei besonders gefährdet.

² C. Al Kurdi, J.-F. Savary: „Étude d'un dispositif intercantonal de lutte contre le jeu excessif.“ In *Annexes*, Groupement romand des addictions (GREAA), 2005.



Politik: Den Markt erweitern

Heute werden die Geldspiele durch zwei Gesetze geregelt: das Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten von 1923 und das Bundesgesetz über Glücksspiele und Spielbanken von 1998. Das erste bestimmt, dass Lotterien nur für gemeinnützige und wohltätige Zwecke bewilligt werden. Die Organisation von Lotterien auf nationaler oder interkantonaler Ebene ist zwei Betreiber-gesellschaften vorbehalten: Swisslos und Loterie Romande. 2005 hat ein Konkordat für diese Lotterien ein Überwachungsorgan eingesetzt und eine Gebühr von 0,5% des Bruttospielertrags zugunsten der Prävention und der Behandlung der Spielsucht eingeführt. Das Spielbankengesetz von 1998 erlaubt den Betrieb von Casinos in der Schweiz. Es werden zwei Casinoarten unterschieden: A-Casinos mit unbegrenzter Spielzahl und unbegrenzten Höchstesätzen; B-Casinos mit begrenzter Spielzahl und begrenzten Höchstesätzen. Das Gesetz schreibt den Casinos vor, unter der Aufsicht der Eidgenössischen Spielbankenkommission (ESBK) soziale Massnahmen zum Schutz exzessiv Spielender zu ergreifen.

Diese beiden Gesetze sollen im neuen Geldspielgesetz zusammengeführt werden, das 2014 in die Vernehmlassung geschickt wurde. Dieses sieht insbesondere die Öffnung des Geldspielmarkts für Casinos im Internet sowie eine Erweiterung der Online-Lotterien vor. Das Ziel von Bund und Betreibern ist, den Spielertrag zu steigern und den Online-Markt besser zu kontrollieren. Als Schutzmassnahme soll der Zugriff von Minderjährigen auf Online-Geldspiele unterbunden werden. Das neue Gesetz anerkennt die Realität der Spielsucht und überträgt die Verantwortung für die Prävention von exzessivem Spielverhalten an die Kantone. Dasselbe gilt für die Beratung und Behandlung für (potenziell) Spielsüchtige und ihr Umfeld. Doch besteht keine Bestimmung, um die finanziellen Mittel für diese Angebote zu garantieren.

Der Gesetzesvorschlag sieht auch ein Koordinationsorgan vor, das die Spiele bewilligt und beaufsichtigt. Dieses verfügt aber über keine Entscheidungsbefugnisse. Daher besteht die Gefahr, dass die Regulierung des Geldspielmarkts (um den sich Casinos und Lotterien teilweise streiten) schliesslich durch die Justiz erfolgt, was sich negativ auf den Spielerschutz auswirken könnte. Hingegen stellt die Konsultativkommission für die Prävention von exzessivem Geldspiel, die aus Fachleuten besteht und die Gesundheitsbehörden beraten kann, eine nützliche Neuheit dar.

Die Herausforderung der Zukunft: Die Spieler schützen

Der gesellschaftliche Nutzen des Geldspiels ist gering. Die Erträge, die an die Allgemeinheit verteilt werden, betragen nicht einmal das Doppelte der sozialen Kosten. Das neue Gesetz bietet zwar einige zaghafte Fortschritte zur Senkung dieser Kosten, gewährt den Spielern aber noch zu wenig Schutz. Die Massnahmen zur Einschränkung der Angebotsdichte sind unwesentlich und die Kommissionen, die diesen Aspekt regulieren sollen, verfügen über keine Machtbefugnis. Auch fehlt ein Verbot für Gratisspiele und ein Kontrollsystem für Spielverhalten und -ausgaben, insbesondere



mit der Möglichkeit, exzessive Spieler zu sperren. Auch sollten Art und Standorte der Werbung reguliert werden. Schliesslich überträgt das Gesetz den Kantonen die Verantwortung für die Prävention des exzessiven Spielverhaltens und die Behandlung der Spielsucht, stellt aber die erforderlichen Mittel nicht bereit.

Um die sozialen Kosten des Geldspiels zu reduzieren, müssen wirksame Massnahmen getroffen und eine Kommission mit Regulierungsbefugnissen geschaffen werden. Dies ist heute besonders wichtig, soll doch der Online-Markt, der sich technisch rasch weiterentwickelt, erschlossen werden. Auch sollten nicht nur wie bisher Ansätze für pathologische und süchtige Spieler verfolgt, sondern auch Früherkennungs- und Interventionsmassnahmen für Risikospieler eingeführt werden. So liessen sich die negativen Folgen des Geldspiels vermeiden. Auch könnte den Spielern geholfen werden, bevor sie sich verschulden und in eine ausweglose Lage verstricken.

Auskunft:

Monique Portner-Helfer
Mediensprecherin

mportner-helfer@suchtschweiz.ch

Tel.: 021 321 29 74

Die Stiftung Sucht Schweiz ist ein nationales Kompetenzzentrum im Suchtbereich. Sie betreibt Forschung, konzipiert Präventionsprojekte und engagiert sich in der Gesundheitspolitik. Das Ziel der Stiftung ist, Probleme zu verhüten oder zu vermindern, die aus dem Konsum von Alkohol und anderen psychoaktiven Substanzen hervorgehen oder durch Glücksspiel und Internetnutzung entstehen.

Umfassende Informationen zu Sucht Schweiz finden Sie auf unserer Website

<http://www.suchtschweiz.ch>

Die vorliegende Mitteilung finden Sie hier:

<http://www.suchtschweiz.ch/aktuell/medienmitteilungen/>